



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 7. MÄRZ 2019

GESCH.-NR. 2018-1436

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR

16 **GEMEINDEORGANISATION**
16.04 **Grosser Gemeinderat**
16.04.23 **Interpellationen**

BETRIFFT

Interpellation Peter Vollenweider, BDP, und ein Mitunterzeichnender, betreffend Übermässige Plakatierung zu den Wahlen 2018 – Beantwortung / Substantielles Protokoll

[...]

9TH GESCHÄFT-NR. 2018/201

INTERPELLATION PETER VOLLENWEIDER, BDP, UND EIN MITUNTERZEICHNENDER, BETREFFEND ÜBERMÄSSIGE PLAKATIERUNG ZU DEN WAHLEN 2018 – BEANTWORTUNG/SCHLUSSBEHANDLUNG

Eingang der Interpellation:	14. Mai 2018
Mündliche Begründung im Rat durch den Interpellanten:	6. September 2018
Beantwortungsfrist:	6. Dezember 2018
Antwort des Stadtrates:	6. Dezember 2018

Der Stadtrat übermittelt mit Auszug aus dessen Protokoll (SRB-Nr. 2018-239) vom 6. Dezember 2018 die schriftliche Antwort auf die vorstehende Interpellation. Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der Interpellationsantwort, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

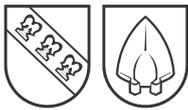
Der Ratspräsident fragt das Plenum an, ob die Diskussion gewünscht wird.

Kilian Meier, CVP, stellt den **Antrag** dazu. Dieser wird **einstimmig angenommen**.

Kilian Meier, CVP, ist verwundert, dass der Stadtrat vor dem Erlass des Beschlusses nicht einmal mit den Parteien zusammengesessen ist. Er stellt die Frage, weshalb der neue Vertragspartner die Plakatwände nicht mehr kostenlos zur Verfügung stellen kann. Das trifft insbesondere die kleinen Parteien.

Thomas Schumacher, SVP, fragt, wie man gegen diejenigen vorgeht, die mehr Plakate als vorgesehen aufhängen.

Andreas Furrer, SP, meint, dass es für den Bürger eine Wohltat ist, dass nicht mehr so viele Plakate aufgestellt werden. Er bedankt sich dafür beim Stadtrat. Aus demokratischer Sicht hätte es die SP begrüsst, wenn man mit den Parteien vor der Beschlussfassung gesprochen hätte. Die Dringlichkeit war jedoch gegeben und die Umsetzung ist pragmatisch.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 7. MÄRZ 2019

GESCH.- NR. 2018-1436
BESCHLUSS-NR.

Andreas Hasler, GLP, stellt fest, dass wir über eine Interpellation sprechen und nicht über ein überwiesenes Postulat. Diese Reaktion hätte es nicht zwingend gebraucht. Andreas Hasler dankt dem Stadtrat, dass weiterhin Plakate aufgestellt werden dürfen. Seiner Meinung nach sind es jedoch zu wenige Standorte. Jetzt wird das Grundeigentum besser sichtbar und das ist nicht gut für eine demokratische Wahl. Hasler äussert den Wunsch, dass man zusammensitzt und nach Optimierungsmöglichkeiten sucht.

Paul Rohner, SVP, findet es nicht angemessen, dass es zu einer Überregulierung durch den Stadtrat kommt. Aber es bewegt einzelne Kandidierende zu kreativen Lösungen.

Stadtpräsident Ueli Müller erklärt, dass es die Haltung des Stadtrates war, ein Reglement einzuführen. Wenn die Lösung nicht vollkommen ist, dann ist er bereit, Änderungen anzubringen. Die neue Plakatfirma stellt keine Gratiswände mehr zur Verfügung. Wenn Parteien jedoch welche wollen, dann können sie diese nutzen, müssen sie aber selber finanzieren. Bezüglich Kontrolle der Plakate meldet die Polizei Verstösse. Dann gibt es eine Mahnung. Geschieht nichts, räumt die Polizei die Plakate ab.

Nach erschöpfter Diskussion hält *Peter Vollenweider, BDP*, als Interpellant das Schlusswort mithilfe einer visuellen Projektion (Beilage 10). Die vom Stadtrat erlassenen Richtlinien entsprechen in etwa seinen Vorstellungen. Jetzt stehen wir genau in den Wahlen und können sehen, ob die Richtlinien greifen.

Wie Art. 77 unter Abs. 5 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt der Pen-
denzenliste.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Sicherheit
- Ratssekretariat (Geschäftsakten)

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon


Brigitte Känzig-Ohl
Stv. Ratssekretärin

Versandt am: 02.04.2019
ohl